



Beteiligung und Aktivierung im Stadtteil

Wissenschaftliche Betrachtungen und praktische Erfahrungen aus dem Planerladen in der Dortmunder Nordstadt

Tülin Kabis-Staubach • Reiner Staubach

1. Ausgangsbedingungen in Quartieren der Sozialen Stadt

Damit sich die Dimensionen der Herausforderung bei Ansätzen der »Beteiligung und Aktivierung im Stadtteil« zumindest annähernd erschließen, ist zunächst der Blick auf die generellen Ausgangsbedingungen der Partizipation auf der Quartiersebene zu richten. Dabei werden »Quartiere der Sozialen Stadt« als Referenzgebiete herangezogen, da davon auszugehen ist, dass Anstrengungen zur Beteiligung und Aktivierung hier gewissermaßen »unter erschwerten Bedingungen« erfolgen. Sie stellen im Hinblick auf die »Feinjustierung« der jeweiligen Beteiligungsformate und -settings sowie die sozial-kommunikativen Kompetenzen der damit befassten Fachleute höhere Anforderungen:

- Von der Programmlogik her sind diese Gebiete dadurch charakterisiert, dass dort multiple Problemkonstellationen und insbesondere ein überdurchschnittlich hoher Anteil an Menschen in prekären Lebenslagen anzutreffen sind. Zugleich leben diese Menschen unter sie benachteiligenden, räumlich-materiellen Bedingungen (z.B. Wohnumfeld, Infrastrukturausstattung, Umwelt). Als innerstädtische »Ankunftsquartiere« mit Schleusenfunktion oder auch als periphere »Relegationsgebiete« mit drohendem dauerhaften sozialen Abstieg (vgl. Kurtenbach 2014, 65; Häußermann/Kapphan 2004, 212ff.) gehören sie zu den »Fokuswohnquartieren« von Migrant/innen.⁽¹⁾ Ihre Bewohner/innen erbringen damit zugleich die hauptsächliche Integrationsarbeit für die jeweilige Stadtgesellschaft (vgl. Staubach 2010).
- Bei einem nach wie vor hohen Anteil an benachteiligten Haushalten sind auch diese Quartiere mit den voranschreitenden Individualisierungs- und Pluralisierungsprozessen heterogener geworden. Dies gilt ebenso für die traditionellen Migrantengruppen – zumal die Zuwanderung der letzten Jahre zugleich deutlich diverser geworden ist (vgl. Vertovec 2007). Der aktive Umgang mit Vielfalt und Differenz wird damit zur unumgänglichen Notwendigkeit (vgl. Beer 2015, 298).
- Überlagern sich soziale und ethnische Segregation, dann treten gerade hier die von Ausgrenzung bedrohten sozialen Gruppen in ungleich direkterer Weise als in anderen Teilen der Stadt – im Hinblick auf den Zugang zu den Ressourcen Arbeit, Wohnen, Bildung etc. – in unmittelbare Konkurrenz zueinander. Dort bereits lebende gesellschaftliche Außenseiter/innen (ob mit oder ohne Migrationshintergrund) sehen vielfach gerade Neuzuwander/innen als zusätzliche Desintegrationsgefahr. Nicht von ungefähr tendieren sie mitunter dazu, sich durch Zuschreibung abwertender und stigmatisierender Stereotypen von ihnen zu distanzieren. Zugleich kann es sie für ethnischisierende und auf Entsolidarisierung zielende politische Parolen empfänglich machen (»Spaltung des unteren Drittels«). Mit Blick auf die in unseren Städten zu bewältigende



aktuelle Zuwanderungsdynamik wird hier zu Recht von der Herausforderung einer »doppelten Integration« gesprochen (ehemaliger Bundestagspräsident Wolfgang Thierse 2016).

- In diesen Quartieren wohnen die meisten Menschen, die nicht wählen dürfen, und dort gehen die meisten Leute, die wählen dürfen, nicht zur Wahl (Strohmeier 1997, 2010). Trotz hoher Migrantenanteile dominiert in diesen Stadtteilen häufig trotzdem noch die Perspektive der etablierten Gruppen der früheren Mehrheitsgesellschaft und ihrer traditionellen Repräsentant/innen mit der Folge eines signifikanten Vertretungsdefizits (vgl. Hallenberg 2014; Vester 2007). Angesichts der deutlichen Lücken in der demokratischen Rückbindung der Stadtteilbevölkerung stellt sich hier umso mehr die Frage, inwieweit (informelle) Beteiligungsangebote gegebenenfalls die repräsentative (Parteien-)Demokratie sinnvoll ergänzen können (Decker u.a. 2013, 108f.).

2. Beteiligung und Aktivierung in Quartieren der Sozialen Stadt (2)

Seit den 1970er Jahren sind zum einen im Zusammenhang mit formellen Planungsverfahren der öffentlichen Hand wichtige Mindeststandards (v.a. Informations- und Anhörungsrechte) der Bürgerbeteiligung etabliert worden (vgl. Bischoff u.a. 1995; Staubach 1997a; Selle 2013). Zum anderen erfolgten über informelle Ansätze der Kommunikation und Kooperation mit lokalen Akteur/innen wertvolle Impulsgebungen für die Weiterentwicklung des Beteiligungsrepertoirs. Die prozeduralen und gruppenmethodischen Verfahren zur Interaktion mit Planungsbetroffenen erfuhren seitdem eine deutliche Ausdifferenzierung. Neue Arbeitsformen und Moderationstechniken (Charette-Verfahren, Open-Space, World-Café u.v.a.m.) sind hinzugekommen. Immer mehr Handbücher und Online-Wegweiser liefern hier entsprechende Praxishilfen (vgl. Lebensministerium.at/ÖGUT 2005; DIALOGIK 2011; Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin 2011; BMVBS 2012; Nanz/Fritsche 2012). Gerade im Bereich der internetgestützten Methoden und Instrumente finden sich zahlreiche Entwicklungsschübe (Web_2.0, Social Media etc.).⁽³⁾ Viele Arbeitsformen orientieren sich in ihrem Angebotscharakter allerdings an den Kommunikationsstilen und Beteiligungsdispositionen der gesellschaftlichen Leitmilieus oder des bürgerlichen Mainstreams (vgl. Selle 2002). Dabei zeigt sich, dass auch die alternativen (informellen) Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten zunächst primär von jenen genutzt werden, die bereits mit den alten Beteiligungsangeboten umzugehen wussten (Strohmeier 1997, 133).⁽⁴⁾

Vor diesem Hintergrund wird kaum überraschen, dass aus Quartieren der Sozialen Stadt trotz vereinzelt durchaus beeindruckender innovativer Beispiele mit großer Regelmäßigkeit über Schwierigkeiten bei Ansätzen zur Beteiligung und Aktivierung benachteiligter Bewohner/innen – insbesondere aber des Erreichens von Personen und Gruppen mit Migrationshintergrund – berichtet wird (vgl. Hanhörster/Reimann 2009, 68ff.; IfS 2011, 99ff.).⁽⁵⁾ Exemplarisch seien hier die Ergebnisse der »Analyse qualitativer Prozesse« im Rahmen von Befragungen in den Programmgebieten der Sozialen Stadt in NRW angeführt, bei denen deutlich wird, dass stets nur eine Minderheit der Bewohner/innen erreicht werden konnte. Durchaus selbstkritisch wurde in den Befragungen die Reichweite der Beteiligungsansätze vielfach als unzureichend eingeschätzt. Ein oftmals geäußerter Kommentar lautete, dass »immer nur dieselben Leute kommen«. Die im Hinblick auf Vergleichsgebiete geringere Beteiligung wurde insbesondere mit der stärkeren Betroffenheit der Bewohner/innen von Arbeitslosigkeit, niedrigeren Bildungsabschlüssen sowie sprachlichen und kulturellen Barrieren erklärt. Die Autor/innen der



Studie interpretierten diese Ergebnisse dennoch eher als ermutigend und verwiesen darauf, dass darüber hinausgehenden Ansprüchen an die Aktivierungsfähigkeit der Gebietsbevölkerung wohl unrealistische Einschätzungen zugrunde lägen (IfS/IfP 2008, 116; vgl. Polzin 2013, 2). Insgesamt sind damit eher begrenzte Effekte bei der angestrebten Beteiligung und Aktivierung vor allem der benachteiligten Bevölkerung zu konstatieren (vgl. Sauter 2009, 210f.). In jenen Stadtteilen, in denen diesbezüglich weitergehende Erfolge zu verzeichnen sind, konnte in der Regel an eine systematische Vorfelddarbeit der stadtteilbezogenen sozialen Arbeit angeknüpft werden (vgl. Hinte 2001).

Die hier beschriebenen Selektivitäten in den Beteiligungs- und Aktivierungsstrategien spiegeln sich auch bei der Wahrnehmung und Erfassung von bürgerschaftlichem Engagement im Rahmen der Freiwilligensurveys der Bundesregierung wieder, die seit 1999 alle fünf Jahre durchgeführt werden (vgl. Deutscher Bundestag 2012). Sie waren zum einen auf einen Methoden bedingten »Bias« zurückzuführen (Telefon-Interviews ausschließlich in deutscher Sprache!). Zum anderen erklärten sie sich durch das dabei zu Grunde gelegte und fast ausschließlich aus der Perspektive der Aufnahmegesellschaft definierte Verständnis von »Engagement«, das teilweise Aktivitäten umfasste, die aus migrantischer Sicht als selbstverständliche Alltagspraxis vollzogen werden und deshalb nicht als »Engagement« aufgefasst werden (Uslucan 2015, 29).(6) Auch aus Untersuchungen zum Engagement und zur Beteiligung von Jugendlichen ist bekannt, dass sich verändernde, stärker informelle und temporäre Formen des freiwilligen Engagements keinesfalls kurzerhand als Rückgang der Engagementbereitschaft interpretieren lassen (Teney/Hanquinet 2012).

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Ausgangsvoraussetzungen im Hinblick auf Ressourcenausstattung und sozial-kommunikative Kompetenzen bei unterschiedlichen Individuen und Gruppen nicht nur sozial ungleich verteilt sind, sondern diese zugleich auf strukturelle Selektivitäten in den Beteiligungsstrukturen und Kommunikationsformaten treffen. Fähigkeiten und Bereitschaft zur Beteiligung sind bei Menschen mit Zuwanderungsgeschichte ebenso sozial selektiv entwickelt (IfS 2011, 179). Nur wenige der zu identifizierenden Barrieren sind zudem »migrantenspezifisch«. Dazu gehören neben sprachbedingten Hürden, rechtlichen Unsicherheiten in der Bleibeperspektive und eingeschränkten politischen Bürgerrechten vor allem negative Vorerfahrungen mit staatlichen Instanzen bis hin zu Gewalt und Diskriminierung im Herkunftsland. Gleichwohl wirken auch die hierzulande seitens der Aufnahmegesellschaft erfahrenen Zurückweisungen, Ungleichbehandlungen oder gar rassistischen Anfeindungen nur wenig motivierend auf die Beteiligungsbereitschaft. Erfahrungen »fehlender Anerkennung« und »erlebter Machtlosigkeit« können die Beteiligungschancen (nicht nur) von Migrant/innen regelrecht blockieren (Roth 2009, 23; vgl. Beer 2015, 298). *Frank Gesemann u.a.* (2013, 59) kommen in ihrer Untersuchung zum »Stand der kommunalen Integrationspolitik in Deutschland« deshalb zu dem Schluss, dass die Beteiligung von Migrant/innen an den kommunalen Entscheidungs- und Gestaltungsprozessen mehr Aufmerksamkeit verdient.



3. Sozial- und Systemvertrauen als Voraussetzung von Gestaltungsvertrauen

Klaus Peter Strohmeier hat wiederholt darauf aufmerksam gemacht, dass politische Partizipation in formellen ebenso wie in informellen Verfahren in der Regel sozial integrierte, mit einem Mindestmaß an Sozialvertrauen sowie Vertrauen in die Funktionsfähigkeit des Demokratiesystems ausgestattete Bürger/innen voraussetzt. Vor dem Hintergrund von Desintegrations- und Stigmatisierungserfahrungen im eigenen Lebensalltag erscheint Misstrauen allerdings oftmals als die zumindest subjektiv rationalere Verhaltensoption (Strohmeier/Kersting 2003, 242). Auch negative persönliche Vorerfahrungen (z.B. mit kommunalen oder staatlichen Instanzen) können eine geringer entwickelte Vertrauensfähigkeit zur Folge haben, so dass insgesamt eher ein »Habitus des Misstrauens« vorherrscht (Strohmeier 1997, 174f.; vgl. auch Roth 2009, 22ff.).

So bestätigen die Ergebnisse der Milieuforschung, dass prekäre Milieus in einem eher räumlich und sozial begrenzten Raum vorwiegend mit »ihresgleichen« interagieren. »Prekäre« pflegen demnach einen einfachen Kommunikationsstil, während eine gehobene und sehr korrekte, bildungsbürgerliche Sprache auf sie schnell abschreckend wirken und zum kommunikativen Rückzug führen kann (vhw 2013, 184ff.). Die in prekären Lebenslagen oftmals anzutreffende eher gestaltungspessimistische, resignativ-apathische Grundhaltung der Erwachsenen bildet zugleich einen prägenden Entwicklungskontext für Kinder und Jugendliche (Strohmeier 2010, 80). Da es sich bei den Programmgebieten der Sozialen Stadt überwiegend um demographisch junge Quartiere handelt, erscheinen positive Beteiligungs- und Mitmach-Erfahrungen (sprich »Schulen der Demokratie«) um so wichtiger. Zumal die fehlenden ebenso wie die (insbesondere in jungen Jahren) erlebten Angebote zur Beteiligung und Mitwirkung und damit verbundene bzw. ausbleibende Selbstwirksamkeitserfahrungen entscheidend dafür sind, ob diese Kompetenzen verkümmern oder tatsächlich zur Entfaltung gelangen (Knauer/ Sturzenhecker 2005).

Vertrauten Menschen wird eher Vertrauen zuteil als Fremden (Strohmeier 1997, 169). In der Stadt gehört die Begegnung mit Fremden (unabhängig von Aspekten der Nationalität oder ethnischen Zugehörigkeit bzw. Zuschreibung) aber zum chronischen Normalzustand (vgl. Siebel 2015, 195ff.). Insbesondere die weniger mobilen und von Prekarisierung betroffenen – bzw. bedrohten – Bevölkerungsgruppen in den Ankunftsquartieren können bei einem andauernden Austausch in der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung ein Gefühl von Vertrautheit mit den Nachbarn und damit auch das für die soziale Interaktion notwendige »Sozialvertrauen« nur schwer entwickeln.

Für das Ziel der Beteiligung und Aktivierung in der Sozialen Stadt können auch »Sozialkapitalkonzepte« hilfreiche Ansatzpunkte liefern (vgl. Huning 2005, 254ff.). Neben Normen und Netzwerken stellt nach Robert D. Putnam »soziales Vertrauen« ein wesentliches Bedingungsmoment für die Bildung von Sozialkapital dar. Angesichts der durchschnittlich geringeren Verfügbarkeit von ökonomischem Kapital kommt gerade in benachteiligten Stadtteilen soziales Kapital als Ressource eine umso höhere Bedeutung zu. Dabei sind verschiedene Typen von sozialem Kapital zu unterscheiden: So kann vor allem bei Zuwander/innen das soziale Bindungskapital (»Bonding social capital«) sehr ausgeprägt entwickelt und im Sinne einer Binnenintegration in der eigenen Community in der Phase des Ankommens durchaus unterstützend und hilfreich sein. Es kann langfristig allerdings auch exkludierend wirken (»Mobilitätsfalle«), da es sich vornehmlich auf die eigene Gruppe richtet. Sozia-



les Brückenskapital («Bridging social capital») ist hingegen der gruppenübergreifenden Interaktion dienlich und kann damit inkludierende Wirkungen entfalten (vgl. Putnam 2000).

In benachteiligten Stadtteilen mit besonders heterogener und stark fluktuierender Bevölkerung übernehmen intermediäre Instanzen zumeist eine unverzichtbare Katalysatorfunktion für das Zustandekommen gruppenübergreifender Kontakte (vgl. Gesemann/Roth 2015, 39ff.; vgl. Filsinger 2005, 34). Als »Trust-« bzw. »Informations-Broker« tragen sie dazu bei, strukturelle Gräben zwischen unterschiedlichen Gruppen zu überbrücken und durch Transformation von sozialem Bindungskapital in soziales Brückenskapital die Inklusionschancen zu erhöhen (IRS 2014, 6). Über die auf verschiedene Adressat/innen zugeschnittenen Anlässe und Gelegenheiten für einen gemeinsamen Kommunikationsprozess kann gewissermaßen der »Humus« gebildet werden für ein zivilgesellschaftliches Engagement von bis dahin eher auf sich selbst bezogenen Bewohner/innen (vgl. Hinte 2001; Huning 2005, 264f.). Durch die Zufuhr externer Ressourcen – etwa die kommunikativen Vermittlungs- und Unterstützungsleistungen des Quartiersmanagements oder der lokalen Gemeinwesenarbeit – soll letztlich darauf hingearbeitet werden, dass das Sozialkapital der Quartiere über politische Interessenvertretung, Lobbyarbeit und damit einhergehende überlokale Vernetzung als soziales Verbindungskapital («Linking social capital») sogar auf gesamtstädtischer Ebene wirkmächtig werden kann.

Entscheidend bei den damit einhergehenden sozialen Interaktions- und Lernprozessen ist einerseits, welche konkreten Erfahrungen die Bürger/innen miteinander, mit dem Quartiersmanagement und der Verwaltung machen, andererseits, welche tatsächlichen Einflussmöglichkeiten ihnen eröffnet werden (Huning 2005, 264). Dies verweist wiederum auf die Notwendigkeit der politischen Einbindung der Bewohner/innen und ihrer angemessenen Repräsentanz in den lokalen Institutionen (vgl. Roth 2009, 18ff.).

4. Beispiele der Beteiligung und Aktivierung in der Dortmunder Nordstadt

Sozialräumlicher Arbeitsansatz des Planerladen e.V.

Die Verfasser/innen konnten seit den 1980er Jahren im Rahmen des Planerladen e.V. vielfältige praktische Erfahrungen mit der Herausforderung der Beteiligung und Aktivierung sammeln – darunter vor allem auch von Migrant/innen. Diese bezogen sich überwiegend auf Handlungsansätze in der Dortmunder Nordstadt. Als gründerzeitliches Stadterweiterungsgebiet hinter dem Bahnhof mit inzwischen wieder über 60.000 Einwohner/innen fungierte sie schon von Beginn an als Ankunftsort und Integrationsschleuse für Migrant/innen. Typisch ist die fast durchgängig überdurchschnittlich hohe Binnen- und Außenwanderung.

Der Arbeitsansatz des Planerladen, Verein zur Förderung demokratischer Stadtplanung und stadtteilbezogener Gemeinwesenarbeit e.V., basiert auf dem Grundsatz der »aktivierenden Einmischung«, d.h. dass Bewohner/innen »nicht nur individuell kompetent gemacht, sondern auch strukturell in die Lage versetzt werden, ihre Interessen (...) zu finden und zu artikulieren« (Baum 2012, 586). Beim »Planen aus der Nähe« wird durch Ortsnähe und niedrigschwellige Ansprache auch eine kommunikative Nähe ermöglicht. Dies erhöht zugleich die Kontakt- und Interaktionschancen mit weniger mobilen und durchsetzungsmächtigen Bewohner/innen (Staubach 2013, 52). Dabei werden nicht nur die lebensweltlichen Probleme der verschiedenen Individuen und Gruppen in



den Blick genommen, sondern insbesondere auch die Möglichkeiten einer schrittweisen Ressourcenentwicklung (»Empowerment«) offen gelegt (vgl. Kabis-Staubach 2011; Hermanns 2012).

Ein frühes Beispiel der Stärkung der Selbstorganisation von Migrant/innen ab Mitte der 1980er Jahre umfasste die Unterstützung mehrheitlich türkischstämmiger Mieter/innen in einem massiv von Instandhaltungsmängeln und baulichen Verfallserscheinungen gezeichneten gründerzeitlichen Wohnblock (»Schüchtermann-Block«). Der Planerladen begleitete hier die Mieter/innen bei der Gründung eines Bewohnervereins, der dann eine behutsamere Modernisierungsstrategie durchsetzen konnte. Die spätere Neugestaltung des Blockinnenbereichs unter Nutzung öffentlicher Fördermittel und mit intensiver Beteiligung der Mieter/innen wurde schließlich sogar im Auftrag des Enkels des früheren Eigentümers realisiert. In einem anderen Fall konnte der Ankauf von zur Privatisierung anstehenden Werkwohnungen (Projekt Borsigstraße) des damaligen Stahlkonzerns Hoesch mit überwiegend migrantischen Haushalten durch die (zu jener Zeit noch) landeseigene Ruhr-Lippe-Wohnungsgesellschaft initiiert sowie die behutsame Modernisierung und die Neugestaltung der Hofbereiche vom Planerladen mit intensiver Mieterbeteiligung und sozialer Begleitung umgesetzt werden (Staubach 1997b).

Ein weiteres Beispiel ist die Unterstützung einer Gruppe türkischer Frauen, die sich um eine angemessene Sprachförderung ihrer Kinder in den Schulen sorgte. Die Kerngruppe formierte sich schrittweise in den Frauengesprächskreisen und Nachbarschaftsforen des Planerladen e.V.. Im Ergebnis gründeten die beteiligten Frauen den Dortmunder Türkischen Elternverein DOTEV e.V., der sich heute als Lobbyorganisation lokal und sogar überregional systematisch für bessere Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte einsetzt. Und auch die Entstehung des Vereins »Yeşil bostan – Gemüsegarten e.V.« als Trägerverein zur Bewirtschaftung einer von türkischstämmigen Migrant/innen als Grabeland genutzten Brachfläche im städtischen Eigentum ist auf die vermittelnde und aktivierende sozialräumliche Arbeit des Planerladen zurückzuführen (vgl. Kabis-Staubach 2008; Staubach 2013, 35).

Selbstorganisation von Neuzuwander/innen aus Südosteuropa

Ein jüngeres Beispiel der Stärkung von Selbstorganisationsansätzen, bei dem Gruppen erreicht wurden, die in Beteiligungsstrategien zumeist außen vor bleiben, illustriert die sozialräumlich angelegte und aufsuchende Aktivierungsarbeit »von unten« (vgl. Staubach 2014, 544 ff.). Im Zusammenhang mit der Zuwanderung aus den EU-Erweiterungsländern Bulgarien und Rumänien fokussierte sich der öffentliche Diskurs vor allem auf die Ausweitung der Straßenprostitution sowie auf den sog. »Arbeiterstrich«, wo sich Neuzuwander/innen angesichts eingeschränkter Arbeitnehmerfreizügigkeit als »Tagelöhner/innen« verdingten. Zudem wurden Neuzuwander/innen aus Südosteuropa, unter ihnen nicht zuletzt Roma, als Problemverursacher für die von der Presse alarmistisch als sog. »Ekelhäuser« beschriebenen Erscheinungsformen von Desinvestition und Verwahrlosung im Stadtteil angeprangert. Gerade für kinderreiche Familien stellten diese heruntergekommenen Gebäude oftmals die letzte Zufluchtsmöglichkeit dar, da sie auf dem regulären Wohnungsmarkt meist keine Chance haben und auch aus den bestehenden Hilfesystemen für Wohnungsnotfälle herausfallen. Anstatt die Profiteure (Anbieter/innen bzw. Vermittler/innen von Schwarzarbeit und Matratzenlagern, Zuhälter oder Schleuser) anzuklagen, wurden massiv deren Opfer angegangen. Dass hier Neuzuwander/innen nicht nur mit prekären



sondern menschenunwürdigen Wohnsituationen zu kämpfen hatten, wurde hingegen kaum zum Stein des Anstoßes.

Mit der im Mai 2011 gestarteten Aktion »Blickwechsel« machte der Planerladen schließlich darauf aufmerksam, dass bei der Diskussion über die Problematik der Straßenprostitution, der Schwarzarbeit und der verwahrlosten Problemimmobilien in der Nordstadt die eigentlichen Verursacher und Profiteure in das Visier genommen werden sollten. Als erster Baustein wurde eine Banner-Aktion gestartet und ein radikaler Perspektivenwechsel eingefordert: Es ging vor allem um die Abkehr von der vorherrschenden »Sündenbockpolitik«. Als weiteren Anstoß für einen Blickwechsel verstand der Planerladen auch die mit anderen Institutionen (u.a. Mieterverein Dortmund, Obdachlosenzeitschrift bodo) organisierte Veranstaltung zur Situation der Roma im Viertel Stolipinowo in Plowdiv (Bulgarien). Im Rahmen aufsuchender und aktivierender Gespräche im Vorfeld der mit ca. 150 Menschen gut besuchten Vorführung des Dokumentarfilms »Im Ghetto – die Roma von Stolipinowo« im Depot-Theater hatten sich Mitarbeiter/innen des Planerladen darum bemüht, auch Neuzuwander/innen von der Sinnhaftigkeit einer Teilnahme zu überzeugen. Tatsächlich hatte die Banner-Aktion dafür eine erste Vertrauensbasis geschaffen. Sie wurde von den Betroffenen als klares Signal des gegenseitigen Respekts und der Einforderung von fundamentalen Menschenrechten verstanden. Nach der Filmpräsentation fand ein Podiumsgespräch statt, in das sich auch die ca. 30 Vertreter/innen aus den Reihen der EU-Neubürger/innen aus Bulgarien aktiv einbrachten (Staubach 2013, 43ff.). Erstmals wurde nicht »über«, sondern »mit« ihnen geredet.

Ab Herbst 2013 begleitete der Planerladen über mehrere Monate den Prozess der Gründung einer Selbstorganisation von Zuwanderer/innen aus Bulgarien und Rumänien als »Solidaritäts- und Freundschaftsverein der Neuzuwanderer Dortmund e.V.« mit heute über 70 Mitgliedern – darunter auch Roma. Als EU-Bürger/innen steht diesen ein Wahlrecht auf der kommunalen Ebene zu. Kurz vor den Kommunalwahlen 2014 fand auf Initiative des vom Planerladen mit über 30 Kooperationspartner/innen gegründeten »freundeskreis nEUbürger und roma« im Stadtteil eine Diskussionsveranstaltung mit den zu dieser Zeit im Rat vertretenen demokratischen Parteien statt. Im Anschluss daran stellte sich der bis dahin amtierende und schließlich auch neue Oberbürgermeister den Fragen von ca. 100 Neuzuwander/innen und hieß diese in Dortmund ausdrücklich auch persönlich willkommen.

Erfolgsfaktoren gelingender sozialräumlicher Beteiligung und Aktivierung

In der Nordstadt ist bis in die jüngste Vergangenheit eine ausgesprochen geringe Präsenz sozial benachteiligter Haushalte sowie generell auch von Migrant/innen bei den Beteiligungsangeboten an den verschiedenen Programmen der Sozialen Stadt festzustellen. Seitens der institutionellen Akteure wurde dies stets mit fehlender Beteiligungs- und Engagementbereitschaft der betreffenden Haushalte erklärt. Es sei eben ungemein schwer, an die Betroffenen heranzukommen und diese einzubinden, da diese sich in ihre abgeschotteten »Parallelgesellschaften« zurückzögen.

Die Erfahrungen des Planerladens sprechen allerdings dafür, dass diese offensichtlichen Selektivitäten zum einen wesentlich dem Charakter und den Formaten der jeweiligen Beteiligungsangebote geschuldet sind. Beteiligungsrunden, in denen die politischen, administrativen und sonstigen institutionellen Stakeholder – nicht nur zahlenmäßig – überlegen sind fehlt es deutlich an Zugangsoffenheit für nicht-organisierte Bewoh-



ner/innen. Zum anderen erweist sich die geringe interkulturelle Öffnung vieler institutioneller Akteur/innen als massive Zugangsbarriere. Dass der seit 2011 für die Stadt Dortmund im Quartiersmanagement-Nordstadt tätige Träger es sich leisten konnte, auf eine dezidierte interkulturelle Ausrichtung in der Besetzung des mehrköpfigen Teams zu verzichten, obwohl weit mehr als zwei Drittel der Bewohnerschaft des Stadtteils einen Migrationshintergrund aufweisen, spricht für sich (Kabis-Staubach/Staubach 2012, 21).

Neben Kultur- und Sprachvermittler/innen ist der »Dialog auf Augenhöhe« eine Voraussetzung für gelingende Kommunikation. Dabei muss zugleich auf geeignete Formate der Ansprache zurückgegriffen werden (u.a. aufsuchende Arbeit). Ist durch praktische Hilfen und verlässliche Kommunikation erst eine tragfähige Vertrauensbasis aufgebaut, stellt sich schrittweise auch die vielfach eingeforderte Kooperations- und Mitwirkungsbereitschaft ein (vgl. Kabis-Staubach/Staubach 2012). Bei der Ansprache der Neuzuwander/innen aus Südosteuropa waren seitens des Planerladers zunächst vor allem auch Türkisch sprechende Mitarbeiter/innen im Einsatz. Zusammen mit dem über die Banner-Aktion erarbeiteten Vertrauensvorschuss konnte so relativ unvermittelt ein Kontakt zunächst zu den oft auch des Türkischen mächtigen Bulgar/innen aufgebaut werden. Die bunte Zusammensetzung des Teams bringt nicht nur Vorteile für die interkulturelle Kompetenz und Sprachfähigkeit, sondern wird von der Klientel nicht zuletzt als Signal der eindeutigen Wertschätzung von Vielfalt und der Anerkennung von Differenz wahrgenommen (vgl. Hanhörster/Reimann 2009, 15). Dabei kann es nicht schaden, dass ein Großteil der Mitarbeiter/innen nicht bloß temporär unter der Woche im Stadtteil Präsenz zeigt, sondern auch selbst dort wohnt. Dies bleibt bei der Klientel durchaus nicht unbemerkt, vermittelt Augenhöhe und eröffnet zugleich zusätzliche Einblicke in die Lebenswelten und -lagen der Bewohner/innen – den entsprechend professionellen Umgang mit Nähe und Distanz natürlich vorausgesetzt.

5. Ansatzpunkte für mehr Vielfalt und soziale Inklusivität bei der Beteiligung und Aktivierung im Stadtteil

Vertrauensbildende Maßnahmen

Angesichts eines vor allem in Ankunftsstadtteilen insgesamt hochgradig fluktuierenden Umfeldes braucht es »Kümmerer«, die mit hoher interkultureller Kompetenz, Authentizität und ausgeprägter Empathiefähigkeit kontinuierliche Beziehungsarbeit leisten und schrittweise Vertrauen aufbauen. Bei einer chronisch misstrauisch-gestaltungspessimistischen Klientel bedarf dies zunächst vor allem vertrauensbildender Erfahrungen. Dies setzt nicht zuletzt entsprechende (Zeit-)Ressourcen voraus.(7)

Als Katalysatoren der hier in Gang zu setzenden sozialen Interaktions- und Austauschprozesse erfordert dies von den Kümmerern neben Offenheit und Einfühlungsvermögen sowie der Fähigkeit zum »aktiven Zuhören« vor allem auch ein hohes Maß an »lebensweltlicher Kundigkeit« (Filsinger 2005, 35f.). Gleichmaßen braucht es ein breites fachliches Know-how zur Lösung von Alltagsproblemen – zumindest aber zur Herstellung von Zugängen zu den entsprechenden sozialen Hilfesystemen. Dies setzt verlässliche Schnittstellen zu den lokalen Beratungs- und Betreuungsinfrastrukturen und damit eine gut entwickelte sozialräumliche Vernetzung voraus. Wegen seiner »Schlüsselfunktion« sollte ein Quartiersmanagement-Team zudem möglichst interdisziplinär mit Planungs- und Sozial-Profis aufgestellt sein.



Interkulturelle Öffnung von Beteiligungsansätzen

Die interkulturelle Öffnung von Beteiligungsangeboten kann in Quartieren der Sozialen Stadt Impulse zur Reduzierung des notorischen »Vertretungsdefizits« liefern. Angesichts einer deutlich wachsenden Deckungsungleichheit zwischen den Bewohner/innen und den (Wahl-)Bürger/innen kommen gerade auf die lokalen Politiker/innen neue Anforderungen zu. Sie stehen nun um so mehr in der Verantwortung, nicht nur die Anliegen ihrer traditionellen politischen Klientel, sondern einer sehr heterogenen Gesamtbevölkerung abzuwägen und auszubalancieren (Staubach 2014, 553). Damit sich die Vielfalt des Stadtteils stärker im Handeln der institutionellen Stakeholder widerspiegelt, ist eine »systematische Diversity-Strategie« zu entwickeln (Beer 2013). Diese sollte ein elementarer Baustein des Integrierten Handlungskonzeptes sein, um die Chancen von Vielfalt gezielt für die Zukunftsfähigkeit des Stadtteils zu nutzen.

Mit der quantitativ deutlich zunehmenden Vielfalt in der eigenen Mieterschaft ist inzwischen auch in der institutionellen Wohnungswirtschaft die Bereitschaft gestiegen, sich im Hinblick auf Migrant/innen kundenorientierter aufzustellen. Neben spezifischen Service-Angeboten kommt hier der interkulturellen Schulung und dem Training der Mitarbeiter/innen mit Kundenkontakt sowie einer entsprechend klaren Positionierung der Unternehmensleitung eine besondere Bedeutung zu. Darüber hinaus gilt auch hier die Nähe zum Kunden durch Quartiersbezug und -präsenz (z.B. Vor-Ort-Teams) als ein entscheidender Erfolgsfaktor (GEWOS 2015, S. 45ff.).

Beim Aufbau eines »interkulturellen Quartiersmanagements« (Filsinger 2005) geht es nicht nur um die Einführung »interkultureller Tandems«. Besonders wichtig sind möglichst zugangsoffene und lebensweltnahe Gelegenheitsstrukturen zur gruppenübergreifenden Begegnung, die als möglichst neutrale »Orte der Integration« aufeinander abgestimmte Angebote und Anlässe für unterschiedliche Nutzergruppen bieten (vgl. Heckenroth u.a. 2014, 137; BBSR 2015). Die verantwortlichen Moderator/innen interkultureller Begegnung müssen entsprechend Haltung zeigen, indem sie sich bei diskriminierenden oder gar rassistischen Äußerungen keinesfalls bedeckt halten, sondern vielmehr eine Kultur der Anerkennung und des gegenseitigen Respekts einfordern. Nur so bleiben sie gegenüber den von Diskriminierung und Stigmatisierung Betroffenen glaubwürdig und können den notwendigen Schutzraum für interkulturelle Dialogprozesse sichern. Dabei ist ihre vordringliche Aufgabe die Versachlichung ethnisch aufgeladener Diskurse (Staubach 2010).

Darüber hinaus geht es um die Thematisierung und Moderation bzw. Vermittlung konfligierender Interessen. Diese gilt es zu entethnisieren und auf ihre sozioökonomischen Bedingungen oder unterschiedliche Lebensstilorientierungen zurückzuführen. Zum vorherrschenden Integrationsmodus wird hier statt Konfliktvermeidung die Regulierung und Zivilisierung, d.h. letztlich die Austragung von Konflikten (Sander/Heitmeyer 1997, 448f.). Ganz im Sinne der von dem Sozialpsychologen *Gordon W. Allport* (1954) entwickelten »Kontakthypothese« werden etwa durch moderierende Intervention die notwendigen Voraussetzungen für einen erfolgreichen Ausgang von gruppen- und milieuübergreifenden Kontakten geschaffen und deren potenziell vorurteilsreduzierende Wirkungen genutzt (Asbrock u.a. 2012; Staubach 2010, 2016; Anhut/Heitmeyer 2000). Auch dies geht nicht ohne entsprechende Kompetenzen und (Zeit-)Ressourcen.



Soziale Inklusivität der Beteiligungsformate und -settings sicherstellen

Mit der interkulturellen Öffnung vorhandener Partizipationsangebote allein ist es aber nicht getan. Insbesondere die sozialen Selektivitäten, die mit den gängigen Beteiligungsangeboten einhergehen, sprich ihre Mittelschichtslastigkeit, sind damit noch keinesfalls überwunden. Dies verweist auf die Notwendigkeit einer »Passung« zwischen den objektiven und subjektiven Beteiligungsdispositionen der Partizipant/innen einerseits und den Beteiligungsformaten und -settings andererseits (vgl. auch Staubach 1997a, 69f.; Fritsche/Güntner 2014, 314f.). Bleibt die Ungleichheit in den Beteiligungsvoraussetzungen unberücksichtigt, entsteht Beteiligungsun-gerechtigkeit (Knauer/Sturzenhecker 2005).

Bei von Armut und Ausgrenzung betroffenen Akteur/innen steht vor allem der kurzfristige persönliche Nutzen im Vordergrund. Deshalb sind für sie am ehesten projekthafte Angebote interessant. Erfolg versprechend sind vor allem Beschäftigungs- und Qualifizierungsoptionen mit regulärer Erwerbsperspektive oder aber Gelegenheiten zum Selber-Machen und zur Selbstversorgung (z.B. Mietergärten nach subsistenzwirtschaftlichem Prinzip zur Deckung des Eigenbedarfs), bei denen sie durch eigenes Tun ihre unmittelbaren Lebensbedingungen konkret erfahrbar positiv verändern (Strohmeier/Kersting 2003, 244f.; vgl. Steckel 2008, 34f.).

Am Anfang der Quartiersentwicklung sollte immer eine »Stakeholder-Analyse« stehen, mit deren Hilfe sowohl die bereits virulenten als auch die noch stillen potenziellen »anspruchsberechtigten Interessen« systematisch identifiziert und beleuchtet werden. Durch die Feinjustierung in der Ansprache sowie der Verfahren und Formate kann den Vorerfahrungen und den lebensweltlichen Anforderungen der lokalen Stakeholder Rechnung getragen werden (»lokale Maßarbeit«). So können beteiligungsungewohnte Gruppen, darunter Migrant/innen ebenso wie Jugendliche, eher über »entgegenkommende Strukturen« sowie personenbasierte Kommunikation erreicht werden (z.B. »Peer-group«-Mentoren bzw. -Lotsen, Mund-zu-Mund-»Propaganda«).(8) Für Begegnung und Interaktion sollten möglichst lebensweltnahe Orte gewählt werden, die keine wichtigen Stakeholder ausschließen. Nur auf diese Weise kann das auch bei benachteiligten Bewohner/innen prinzipiell durchaus vorhandene Beteiligungs- und Engagementpotenzial freigelegt und mobilisiert werden (vgl. Hallenberg 2014, 111; Kabis-Staubach/Staubach 2008).

Anmerkungen

(1) »Fokuswohnquartiere« bilden die Haupt-Wohnstandorte von Migrant/innen. Hier überlagern sich hohe wohnörtliche Konzentration an Haushalten mit Migrationshinweis und sehr geringe Kaufkraft. In Deutschland wurden rd. 1.500 von Zuwanderung geprägte Quartiere mit dieser Konstellation identifiziert, die sich auf mehr als 550 Kommunen verteilen (BMVBS 2010, 18).

(2) Im Folgenden wird ein erweitertes Verständnis von »Partizipation« zugrunde gelegt, wie es in seinem normativen Anspruch in Programmansätzen der »Sozialen Stadt« zum Tragen kommt. Es reicht weit über das formal-rechtliche Verständnis der Beteiligung von Bürger/innen an öffentlichen Planungsverfahren hinaus, be-greift diese vielmehr als handelnde Subjekte mit je spezifischen Interessen, Sichtweisen und Ressourcenverfüg-barkeiten (vgl. Selle 2013). Zugleich reflektiert es den in der gebietsbezogenen Städtebauförderung erfolgten Paradigmenwechsel von der vorwiegend defizitorientierten und kompensatorischen Intervention von oben hin



zur ressourcenorientierten und integrierten Entwicklung von Quartieren auf der Basis lokaler Partnerschaften (vgl. Froessler u.a. 1994).

(3) Dazu gehören u.a.: beteiligungskompass.org; mitarbeit.de; oegut.at; participedia.net; partizipation.at; peopleandparticipation.net; stadtteilarbeit.de; wegweiser-buergergesellschaft.de

(4) Die Angebote digitaler Beteiligung eröffnen angesichts der »digitalen Spaltung« vor allem den beteiligungsgeübten bildungs- und technikaffinen Gruppen neue Partizipationswege und verstärken damit tendenziell zusätzlich deren Artikulationskraft (vgl. vhw 2013).

(5) Auch die für die soziale Integration in Nachbarschaft und Quartier in den Ankunftsstadtteilen oftmals sehr bedeutsame institutionelle Wohnungswirtschaft tat sich lange Zeit schwer damit, sich in ihren Serviceangeboten und mieterorientierten Kommunikationsanstrengungen vermehrt für die spezifischen Belange migrantischer Mieter/innen zu öffnen (vgl. Staubach 2005; Münch 2012, 421ff.).

(6) Zur Aufhellung des diesbezüglichen Erkenntnis- und Wahrnehmungsdefizits haben inzwischen diverse Studien beigetragen (vgl. u.a. Huth 2002 und 2012; Halm/Sauer 2007; Kabis-Staubach/Staubach 2008; Müsig/Worbs 2012). In dem aktuellen Freiwilligensurvey 2014 wurde schließlich darauf Wert gelegt, die bisherigen systematischen Selektivitäten möglichst zu vermeiden (vgl. Simonson u.a. 2016).

(7) Der in Bezug auf das örtliche Quartiersmanagement vielfach zu hörende Slogan »Wir kommen, um zu gehen« (vgl. Schön 2016, 221) erweist sich damit als dysfunktional. Denn angesichts eines ständigen »Kommens und Gehens«, das auch vor den lokalen Vertreter/innen der institutionellen Akteure (Wohnungswirtschaft, Verbände, Parteien etc.) keineswegs halt macht, muss das Quartiersmanagement in einem Ankunftsstadtteil neben anderen sozialräumlichen Integrationsorten einen zusätzlichen verlässlichen Ankerpunkt bieten.

(8) *Frank Gesemann und Roland Roth* (2015, 41) verweisen im Hinblick auf die Aktivierung und Mobilisierung der Engagementpotenziale von Migrant/innen hier zu Recht auf die Notwendigkeit der Einbeziehung von Multiplikator/-innen und die Kooperation mit Migrantenselbstorganisationen.

Hinweis

Dies ist die noch unveröffentlichte Langfassung und später noch weiter entwickelte Version eines Textes, der beim Wochenschau-Verlag in dem von Torsten Groß, Susanne Huth, Birgit Jagusch, Ansgar Klein und Siglinde Neumann herausgegebenen Buch »Engagierte Migranten – Teilhabe in der Bürgergesellschaft« (Schwalbach/Ts. 2017; ISBN 978-3-7344-0406-1) unter dem Titel »Beteiligung im Stadtteil« publiziert wurde.

Der vorliegende Text wird parallel auf »pnd |online« (www.planung-neu-denken.de) veröffentlicht.

Quellen

-
- Allport, Gordon Willard (1954; deutsch 1971): The Nature of Prejudice. Cambridge
 - Anhut, Reimund; Heitmeyer, Wilhelm (2000): Desintegration, Konflikt und Ethnisierung. Eine Problemanalyse und theoretische Rahmenkonzeption. In: Heitmeyer, Wilhelm/Anhut, Reimund (Hrsg.): Bedrohte Stadt-



gesellschaft – Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen. Weinheim/München, S. 17 – 75

- Asbrock, Frank/Kauff, Mathias/Issmer, Christian/Christ, Oliver/Pettigrew, Thomas F./Wagner, Ulrich (2012): Kontakt hilft – auch wenn die Politik es nicht immer leichtmacht. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände (Folge 10). Frankfurt a.M., S. 199 – 219
- Baum, Detlef (2012): Soziale Arbeit, in: Eckhardt, Frank (Hrsg.): Handbuch Stadtsoziologie, Wiesbaden, S. 571 – 591
- BBSR (Hrsg.) (2015): Orte der Integration im Quartier: vernetzt – gebündelt – erfolgreich. Berlin; http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/Sonderveroeffentlichungen/2015/DL_Orte-der-Integration.pdf;jsessionid=33882E32D322893897F3BCC26E57E207.live2052?__blob=publicationFile&v=2 | 03.12.2015
- Beer, Ingeborg (2013): Quartiersentwicklung als Diversitäts- und Teilhabestrategie. In: Schnur, Olaf/Gebhardt, Dirk/Drilling, Matthias (Hrsg.): Quartiersforschung. Wiesbaden, S. 40 – 53
- Beer, Ingeborg (2015): Integration, Vielfalt und Beteiligung in der »Sozialen Stadt« – Nachdenkliche Bilanz zur Umsetzung eines zentralen Programmziels. In: vhw FWS 6/Dez. 2015, S. 295 - 299; http://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/o8_publicationen/verbandszeitschrift/FWS/2015/6_2015/FWS_6_15_Beer.pdf | 28.05.2016
- Bischoff, Ariane/Selle, Klaus/Sinning, Heidi (1995): Informieren • Beteiligen • Kooperieren, Kommunikation in Planungsprozessen – Eine Übersicht zu Formen, Verfahren und Methoden. Dortmund
- BMVBS (Hrsg.): Migration/Integration und Stadtteilpolitik – Städtebauliche Strategien und Handlungsansätze zur Förderung der Integration. BMVBS-Online-Publikation 08/2010; http://www.bbsr.bund.de/cln_o16/nn_187652/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BMVBS/Online/2010/ONo82010.html | 21.10.2010
- BMVBS (Hrsg.) (2012): Handbuch für eine gute Bürgerbeteiligung. Berlin; http://www.bmvbs.de/SharedDocs/DE/Anlage/VerkehrUndMobilitaet/handbuch-buergerbeteiligung.pdf?__blob=publicationFile | 30.10.2013
- Decker, Frank/Lewandowsky, Marcel/Solar, Marcel (2013): Demokratie ohne Wähler – Neue Herausforderungen der politischen Partizipation, Bonn; <https://www.politische-bildung.nrw.de/imperia/md/content/e-books/2.pdf> | 13.04.2016
- Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2012): Erster Engagementbericht – Für eine Kultur der Mitverantwortung, (Bericht der Sachverständigenkommission und Stellungnahme der Bundesregierung, Drucksache 17/10580, 23.08.2012); <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Engagement/Pdf-Anlagen/engagementberichtlangfassung.property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf> | 30.10.2012



- DIALOGIK (Hrsg.) (2011): Bürgerbeteiligung und Akzeptanz öffentlicher Großprojekte – Lehren aus der Vergangenheit – Lernen für die Zukunft. Stuttgart
- Filsinger, Dieter (2005): Strategien eines interkulturellen Quartiersmanagements. In: »Einbeziehung von Migrantenvereinen, -initiativen und -selbstorganisationen in stadtteilbezogene Handlungsstrategien« Dokumentation der E&C-Zielgruppenkonferenz vom 25. und 26. Mai 2005, S. 32 - 40; <http://www.eundc.de/pdf/37008.pdf> | 13.12.2010
- Fritsche, Miriam/Güntner, Simon (2014): Beteiligungsverfahren zwischen Erwartungen und Enttäuschungen. In: vhw FWS 6 / Dezember 2014, S. 312 - 316; http://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/o8_publicationen/verbandszeitschrift/pdf/2014/Heft_6_2014/FWS_6_14_Fritsche_Guentner.pdf | 12.01.2015
- Froessler, Rolf/Lang, Markus/Selle, Klaus/Staubach, Reiner (Hrsg.) (1994): Lokale Partnerschaften – Die Erneuerung benachteiligter Quartiere in europäischen Städten. Basel
- Gesemann, Frank/Roth, Roland (2015): Engagement im Quartier. In: APuZ: Engagement 65. Jahrgang • 14-15/2015 • 30. März 2015, S. 35 - 42; http://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/APuZ_2015-14-15_online.pdf | 30.03.2015
- Gesemann, Frank/Roth, Roland/Aumüller, Jutta – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration (DESI; 2012): Stand der kommunalen Integrationspolitik in Deutschland. Berlin; http://www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de/cln_o32/nn_251550/Content/_Anlagen/kommunale_integrationspolitik_studie,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/kommunale_integrationspolitik_studie.pdf | 11.07.2012
- GEWOS (2015): Mieter mit Migrationshintergrund (Studie im Auftrag des GdW). Berlin; http://web.gdw.de/uploads/pdf/studien_gutachten/GdW_GEWOS_Studie_Mieter_mit_Migrationshintergrund.pdf | 07.06.2016
- Hallenberg, Bernd (2014): »Prekäre Wahlen?« – Ja, aber! Zur steigenden sozialräumlichen Selektivität der demokratischen Teilhabe. In: vhw FWS 2 / März - April 2014, S. 108 - 111; http://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/Forum_Wohneigentum/PDF_Dokumente/2014/2_2014/FWS_2_14_Hallenberg.pdf?mct-cid=19b36dco-922c-4018-a408-cece2c3dc627&mct-uid=5357ab1114711 | 23.04.2014
- Halm, Dirk/Sauer, Martina (2007): Bürgerschaftliches Engagement von Türkinnen und Türken in Deutschland. Wiesbaden
- Hanhörster, Heike/Reimann, Bettina (2007): Evaluierung der Partizipation im Rahmen der Berliner Quartiersverfahren Gutachten unter besonderer Berücksichtigung der Aktivierung von Berlinerinnen und Berlinern mit migrantischer Herkunft. Berlin; http://www.stadtentwicklung.berlin.de/wohnen/quartiersmanagement/de/evaluation/download/bericht_evaluierung_partizipation.pdf | 16.11.2015



- Häußermann, Hartmut/Kapphan, Andreas (2004): Berlin: Ausgrenzungsprozesse in einer europäischen Stadt. In: Häußermann, Hartmut/Kronauer, Martin/Siebel, Walter (Hrsg.): An den Rändern der Städte. Frankfurt am Main, S. 203 - 234
- Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter (2004): Stadtsoziologie. Frankfurt/M.
- Heckenroth, Meike/Heyn, Timo/Skowski, Juliane (2014): Orte der Integration im Quartier – Eine Antwort auf drängende Aufgaben der Quartiers- und Bildungsentwicklung, In: vhw FWS 3 / Mai - Juni 2014, S. 137 - 142; http://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/o8_publicationen/verbandszeitschrift/2000_2014/PDF_Dokumente/2014/3_2014/FWS_3_2014_Orte_der_Integration_im_Quartier_Meike_Hecken.pdf | 04.11.2016
- Hermanns, Regina (2012): Nordstadt: Planen von unten – Planerladen e.V. fördert Teilhabe und selbst tragende Strukturen bei Migranten. In: Der Paritätische Selbsthilfe-Kontaktstelle: Selbsthilfe-Forum – Das Magazin für Dortmund, 2. Halbjahr 2012. Dortmund, S. 8 – 10
- Hinte, Wolfgang (2001): Bewohner ermutigen, aktivieren, organisieren. Methoden und Strukturen für ein effektives Quartiermanagement (Stand: 9/2001). In: www.stadtteilarbeit.de/Seiten/Theorie/Hinte/Quartiermanagement.htm | 06.01.2010
- Huning, Sandra (2005): Aktivierung und Beteiligung im Rahmen der »Sozialen Stadt«: Ein Klärungsversuch mit Hilfe von Sozialkapitalansätzen, in: Greiffenhagen, Sylvia/Neller, Katja (Hrsg.): Praxis ohne Theorie – Wissenschaftliche Diskurse zum Bund-Länder-Programm »Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt«. Wiesbaden, S. 253 – 270
- Huth, Susanne (2012): Bürgerschaftliches Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund – Barrieren und Türöffner, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): WISO-direkt: Analysen und Konzepte zur Wirtschafts- und Sozialpolitik. Bonn; <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/09497.pdf> | 11.12.2012
- IfS – Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik (2011): Partizipation vor Ort (Endbericht). Berlin; http://www.vernetzung-migration-hamburg.de/fileadmin/user_upload/zentrale-pdf/Sudie_PartizipationMSO_April13.pdf | 28.05.2016
- IfS - Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik/IfP - Institut für Politikwissenschaften Universität Duisburg-Essen (2008): Analyse qualitativer Prozesse bei der Umsetzung des Programms »Soziale Stadt NRW«. Essen
- IRS – Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (Hrsg.) (2014): Netzwerke in der sozialwissenschaftlichen Raumforschung, in: IRS Aktuell – Magazin für sozialwissenschaftliche Raumforschung No. 78, März 2014, S. 5 – 7
- Kabis-Staubach, Tülin/Hermanns, Regina (2011): Mitwirken in der lokalen Demokratie: Rollen und Herausforderungen für Bürger – insbesondere Menschen mit Migrationshintergrund, in: pnd | online IV|2011; http://www.planung-neu-denken.de/images/stories/pnd/dokumente/4_2011/kabis-staubach.pdf | 28.04.2016



- Kabis-Staubach, Tülin/Staubach, Reiner (2008): Engagement auch unter erschwerten Bedingungen? Topografie des Engagements in Dortmund-Nordstadt. In: vhw FWS 4 / Aug.-Sept. 2008, S. 213 - 218
- Kabis-Staubach, Tülin/Staubach, Reiner (2012): Beteiligungslust? Beteiligungsfrust! – Partizipation und Aktivierung vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Entsolidarisierungsprozesse. In: vhw FWS 1 / Jan. – Feb. 2012, S. 17–22
- Knauer, Raingard/Sturzenhecker, Benedikt (2005): Partizipation im Jugendalter. In: Hafenecker, Benno/Jansen, Mechthild M./Niebling, Torsten (Hrsg.): Kinder- und Jugendpartizipation im Spannungsfeld von Akteuren und Interessen. Opladen, S. 63 – 94
- Kurtenbach, Sebastian (2014): Kleinräumige Konzentration von Armutsemigranten. In: vhw FWS 2 / März - April 2014. Berlin, S. 65 - 68
- lebensministerium.at/ ÖGUT (Hrsg.; 2005): Das Handbuch Öffentlichkeitsbeteiligung – Die Zukunft gemeinsam gestalten. Wien
- Nanz, Patrizia/Fritsche, Miriam (2012): Handbuch Bürgerbeteiligung – Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen •(Bundeszentrale für Politische Bildung, Hrsg.). Bonn; [https://www.bpb.de/system/files/.../ Handbuch_Buergerbeteiligung.pdf](https://www.bpb.de/system/files/.../Handbuch_Buergerbeteiligung.pdf) | 20.10.2013
- Münch, Sybille (2012): Integration durch Wohnungspolitik? Zum Umgang mit ethnischer Segregation im europäischen Vergleich. Wiesbaden
- Müssig, Stephanie/Worbs, Susanne (2012): Politische Einstellungen und politische Partizipation von Migranten in Deutschland (Working Paper 46 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge), Nürnberg; http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/WorkingPapers/wp46-politische-einstellungen-undpartizipation-migranten.pdf?__blob=publicationFile | 16.11.2012
- Polzin, Silja (2013): Erfahrungen mit Bürgerbeteiligung im Rahmen des Programms Soziale Stadt in Hessen. In: eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung 04/2013 vom 13.12.2013; http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/newsletter_beitraege/nbb_polzin_131213.pdf | 28.05.2016
- Putnam, Robert D. (2000): Bowling Alone: The Collapse and Revival of American Community. New York
- Roth, Roland (2009): Handlungsoptionen zur Vitalisierung der Demokratie (Expertise für die Bertelsmann Stiftung). Gütersloh; http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-476B3D63-2C238F8A/bst/xcms_bst_dms_29175_29176_2.pdf | 11.12.2013
- Sander, Uwe/Heitmeyer, Wilhelm (1997): Was leisten Integrationsmodi?. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): was hält die Gesellschaft zusammen?. Frankfurt a.M., S. 447 – 481
- Sauter, Matthias (2009): Soziale Stadt: Es ist Zeit für einen Paradigmenwechsel!. In: vhw FWS 4 / Juli - September 2009, S. 209 - 213; www.vhw.de/fileadmin/user_upload/...4.../FWS_04_09_Sauter.pdf | 24.09.2009



- Schön, Rolf Ludwig (2016): Leitbild sozialer Zusammenhalt (II) – Bürgerzentren in Stadtteilen und Wohnquartieren. In: vhw FWS 4 / Juli – September 2016, S. 217 – 221;
http://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/o8_publicationen/verbandszeitschrift/FWS/2016/4_2016/FWS_4_16_Schoen.pdf | 23.09.2016
- Selle, Klaus (2002): Zur sozialen Selektivität planungsbezogener Kommunikation – Angebote, Probleme und Folgerungen. In: Harth, Annette/Scheller, Gitta/Tessin, Wulf (Hrsg.): Stadt und soziale Ungleichheit. Opladen, S. 293 - 309
- Selle, Klaus (Hrsg.) (2013): Über Bürgerbeteiligung hinaus: Stadtentwicklung als Gemeinschaftsaufgabe? Detmold
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin (Hrsg.; 2011): Handbuch zur Partizipation. Berlin
- Siebel, Walter (2015): Die Kultur der Stadt. Berlin
- Simonson, Julia/Vogel, Claudia/Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.) (2016): Freiwilliges Engagement in Deutschland - Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. Berlin;
<http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Freiwilligensurvey-2014-Langfassung,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf> | 23.05.2016
- Staubach, Reiner (1997a): Den Bürgern mehr zutrauen. Bürger/innenbeteiligung - von der Planungsbeteiligung zu quartiersbezogenen Handlungs- und Entwicklungsansätzen. In: STEG Hamburg (Hrsg.): FORUM-Stadterneuerung. Quartiere entwickeln statt erneuern. Hamburg, S. 66 – 75
- Staubach, Reiner (1997b): »Erneuerungsprojekt Borsigstraße« der Ruhr-Lippe Wohnungsgesellschaft – Dokumentation und Auswertung eines sozialorientierten Erneuerungsvorhabens. Dortmund
- Staubach, Reiner (2005): Migranten auf dem Wohnungsmarkt – Zum Umgang der Wohnungswirtschaft mit Migranten und ethnisch-kultureller Vielfalt, in: RaumPlanung 122 / Oktober 2005. Dortmund, S. 208 - 213
- Staubach, Reiner (2006): »Local Governance« am Beispiel der Dortmunder Nordstadt – Zum Verhältnis von zentraler Steuerung und Ansätzen dezentraler Selbstregulation. In: Selle, Klaus (Hrsg.): Praxis der Stadt- und Regionalentwicklung – Analysen, Erfahrungen, Folgerungen. Dortmund, S. 302 – 317
- Staubach, Reiner (2010): »Integrationsstadtteile« – in den Städten übernehmen meist bestimmte Stadtteile und Quartiere die Aufgabe der Integration von Migranten, in: Fachausschuss Haushalt und Wohnen der Deutschen Gesellschaft für Hauswirtschaft e.V. (Hrsg.): Wohnen – Facetten des Alltags. Baltmannsweiler, S. 136–148
- Staubach, Reiner (2013): Der Planerladen e.V. in der Dortmunder Nordstadt: Von der »Hinterraumplanung« zum Aufbau eines Praxisnetzwerkes zur integrierten Stadtteil- und Quartiersentwicklung, in: Bömer, Hermann/Zimmermann, Daniel (Hrsg.): Stadtentwicklung in Dortmund seit 1945. Dortmund, S. 19 – 57



- Staubach, Reiner (2014): Zuwanderung aus Südosteuropa – Diskurs, Medienresonanz und Reaktionen auf die Herausforderungen der (Neu-)Zuwanderung am Beispiel der Dortmunder Nordstadt. In: BBSR (Hrsg.): Zuwanderung, Armut, Verantwortung (Informationen zur Raumentwicklung H 6.2014). Bonn, S. 539 – 556
- Staubach, Reiner (2016): Nord trifft Süd – Dortmund All-inclusive?; In: RaumPlanung 183 / 1-2016. Dortmund, S. 27 - 31
- Steckel, Nicole (2008): Bürgerbeteiligung in benachteiligten Stadtteilen, Bochum; <http://www.sowi.rub.de/mam/content/fakultaet/diskuss/dpo8-1.pdf> | 10.12.2014
- Strohmeier, Klaus Peter (1997): Alternativen zur politischen Partizipation durch Bürgerbeteiligung an der Aufgabenerfüllung: Kommunale Problemlösungsstrategien und Verwirklichung des Subsidiaritätsprinzips. In: Strohmeier, Klaus Peter/Gabriel, Oscar W./Knemeyer, Franz-Ludwig (Hrsg.): Neue Formen politischer Partizipation – Bürgerbegehren und Bürgerentscheid (Interne Studien der Konrad-Adenauer-Stiftung Nr. 136). Sankt Augustin, S. 127–190
- Strohmeier, Klaus Peter/Kersting, Volker (2003): Segregierte Armut in der Stadtgesellschaft – Problemstrukturen und Handlungskonzepte im Stadtteil. In: BBR (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung – Soziale Benachteiligung und Stadtentwicklung, Heft 3/4.2003. Bonn, S. 231 - 246
- Strohmeier, Klaus Peter (2010): Soziale Segregation – Herausforderung der Städte im 21. Jahrhundert, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Das Programm Soziale Stadt – Kluge Städtebauförderung für die Zukunft der Städte. Bonn, S. 66 – 83
- Teney, Céline/Hanquinet, Laurie (2012): Jugend heute: Sozialkapital und politische Beteiligung (WZBrief Zivil-Engagement 06| Oktober 2012). Berlin; http://www.wzb.eu/sites/default/files/publikationen/wzbrieft/wzbrieftzivilengagementto62012_teney_hanquinet.pdf | 24.12.2012
- Uslucan, Haci Halil (2015): Freiwilliges Engagement von Zuwanderern: Verkannte Potenziale der gesellschaftlichen Teilhabe. In: ; http://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/APuZ_2015-14-15_online.pdf | 30.03.2015
- vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. (Hrsg.) (2013): vhw-Kommunikationshandbuch – Praxisbezogene Kommunikation mit den Milieus der Stadtgesellschaft. Berlin
- Vertovec, Steven (2007): Super-diversity and its implications. In: Ethnic and Racial Studies No. 30, S. 1024 – 1054
- Vester, Michael (2009): Soziale Milieus und die Schieflagen politischer Repräsentation, in: Linden, Markus/Thaa, Winfried (Hrsg.): Die politische Repräsentation von Fremden und Armen. Baden-Baden, S. 21 – 59



Autor/innen

Tülin Kabis-Staubach, Architektin (AKNW), Jahrgang 1957 (geb. in Istanbul), Vorstandsmitglied Planerladen e.V.

Reiner Staubach, Prof. Dr. rer. pol. Dipl.-Ing. Raumplanung (AKNW), Jahrgang 1956 (geb. in Gelsenkirchen), Lehrgebiet Planungsbezogene Soziologie, Planungstheorie und -methodik/ Hochschule Ostwestfalen-Lippe (Detmold), Vorstandsmitglied und Mitbegründer Planerladen e.V.

Kontakt

kabis-staubach@planerladen.de

reiner.staubach@hs-owl.de, staubach@planerladen.de

Redaktion eNewsletter

Netzwerk Bürgerbeteiligung

c/o Stiftung Mitarbeit

Redaktion eNewsletter

Ellerstraße 67

53119 Bonn

E-Mail: newsletter@netzwerk-buergerbeteiligung.de